

An die Mitglieder  
des Jugendhilfeausschusses  
  
(nachrichtlich an die  
stellvertretenden Mitglieder)

Alle aufgeführten  
Sitzungsunterlagen können auch  
im Internet unter  
[www.kreis-borken.de](http://www.kreis-borken.de)  
eingesehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu folgender Sitzung ein:

**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 14.03.2023, 17:00 Uhr  
**Ort/Raum:** Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal  
(Raum 2181)

Sollten Sie an der Sitzung nicht teilnehmen können, bitte ich Sie, dies Herrn Klaus Löchteken im Fachbereich Jugend und Familie, Tel. 02861/681 5353, E-Mail: [k.loechteken@kreis-borken.de](mailto:k.loechteken@kreis-borken.de), mitzuteilen, damit dieser Ihre/n Vertreter/in benachrichtigen kann.

Hinweis für die Nutzung der Mandatos-App für Gremienmitglieder:

Die Sitzungsdokumente bitte spätestens am Tag vor der Sitzung in den offline-Modus der App laden. Eventuelle Tischvorlagen werden am Sitzungstag bis ca. 13:30 Uhr in die App gestellt.

## **Tagesordnung:**

### **A. Öffentlicher Teil**

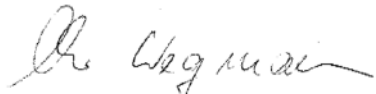
- 1 Planung der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2023/24  
Vorlage: 0052/2023/KREIS
- 2 Ersatzbau für eine zweigruppige Kita-Dependance in Vreden mit Erweiterung um drei Gruppen; Vergabe der Trägerschaft  
Vorlage: 0066/2023/KREIS
- 3 Unterstützung für außergewöhnliche Belastungen für die Kindertagespflege aufgrund der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine  
Vorlage: 0070/2023/KREIS
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen

**B. Nichtöffentlicher Teil**

6 Mitteilungen der Verwaltung

7 Anfragen

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christel Wegmann', written in a cursive style.

Christel Wegmann  
Vorsitzende

**Sitzungsvorlage Nr. 0052/2023/KREIS**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Jugendhilfeausschuss	14.03.2023	öffentlich

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 51 - Fachbereich Jugend und Familie	<b>Berichterstatter/-in:</b> Watermeier, Brigitte
---	--

**Beratungsgegenstand:**

Planung der Kindertagesbetreuung für das Kindergartenjahr 2023/24

**Beschlussvorschlag:**

- I. Der Jugendhilfeausschuss beschließt als örtliche Jugendhilfeplanung die in der Tischvorlage
- genannte Höhe und Anzahl der Kindpauschalen (§ 33 Abs. 2 KiBiz),
  - die nach § 34 KiBiz zu gewährenden Zuschüsse zu den Kaltmieten,
  - die an eingruppige Einrichtungen bzw. Waldkindergartengruppen zu gewährenden Pauschalbeträge nach § 35 KiBiz,
  - die Landeszuschüsse für Familienzentren nach § 43 KiBiz,
  - die Landeszuschüsse für Praktikumsplätze nach § 46 Abs. 1 - 4 KiBiz,
  - die Anzahl der Pauschalen für Kinder in Kindertagespflege nach § 24 Abs. 1 und 2 KiBiz sowie
  - die Landeszuschüsse für die qualifizierte Fachberatung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach § 47 KiBiz
- und beauftragt die Verwaltung, die Anträge beim Landesjugendamt zu stellen.
- Der Fachbereich Jugend und Familie kann Abweichungen, die sich aufgrund aktueller Änderungen der Träger von Kindertageseinrichtungen ergeben, noch bei der Antragstellung an das Landesjugendamt berücksichtigen.
- II. Der Jugendhilfeausschuss beschließt als örtliche Jugendhilfeplanung für die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffenen Plätze, dass diese zur Erfüllung der Zweckbindung vorrangig mit Kindern unter 3 Jahren belegt werden (§ 55 Abs. 2 KiBiz).

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern in der Fassung vom 03.12.2019 (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)

Verordnung zur Durchführung des Kinderbildungsgesetzes (Durchführungsverordnung KiBiz – DVO KiBiz)

**Sachdarstellung:**

Gemäß § 33 Abs. 2 KiBiz hat der Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Jugendhilfeplanung zu entscheiden, welche Gruppenformen mit welcher Betreuungszeit in

den Kindertageseinrichtungen (Kita) angeboten werden. Das Angebot richtet sich im Wesentlichen nach dem individuellen Betreuungsbedarf der Eltern mit den wöchentlichen Betreuungszeiten bis zu 25, 35 oder 45 Stunden und der Altersklasse. In der Kindertagespflege können Eltern bedarfsentsprechend auch andere Betreuungszeiten anmelden. Für die Planung der Kindertagesbetreuung im kommenden Kindergartenjahr 2023/24 kann festgestellt werden, dass alle heute bekannten Betreuungswünsche erfüllt werden.

Die Betreuungsbedarfsplanung der letzten Jahre hat bereits in vielen Orten des Kreisjugendamtsbezirktes Ausbaubedarfe im U3- und Ü3-Bereich ausgewiesen (siehe jährliche JHA-Sitzungen jeweils im November und ab 2018 auch im Mai). Die höheren Betreuungsbedarfe sind im Anstieg bei den Geburtenzahlen und Zuzugszahlen insbesondere aufgrund der Wohnbaugebietsentwicklung und aufgrund der Zuwanderung sowie im Anstieg bei der Nachfrage nach U2-/U3-Betreuung und Ganztagsbetreuung (45 Stunden) begründet.

Im Anmeldeverfahren zum nächsten Kindergartenjahr haben sich diese Bedarfe bestätigt und insbesondere bei der Nachfrage der Eltern nach einer U2-/U3-Betreuung für ihre Kinder noch verstärkt dargestellt. Lediglich in Legden-Asbeck gibt es geringe Vakanzen. Über die konkreten Ausbaumaßnahmen in den einzelnen Kommunen wurde in der Sitzung am 26.01.2023 berichtet.

Eine besondere Herausforderung für die Planung der Kindertagesbetreuung des kommenden Kindergartenjahres besteht darin, die verstärkten Bedarfe aus dem Anmeldeverfahren in dem kurzen Zeitraum bis zur Antragsfrist 15.03.2023 für die Landesförderung mit weiteren Ressourcen zu versorgen und die neuen Gruppen an den Start zu bringen. In diesem Jahr ist die Situation besonders herausfordernd in Vreden, Rhede und Isselburg.

Für die verstärkten Bedarfe muss auch im nächsten Kindergartenjahr wieder auf sog. Übergangslösungen zurückgegriffen werden. Die Einrichtung von Übergangslösungen erfolgt jeweils in Abstimmung mit der für den Schutz von Kindern in Einrichtungen zuständigen Fachabteilung im Landesjugendamt Westfalen-Lippe. Im Rahmen solcher Übergangslösungen werden Mehrbedarfe für einen vorübergehenden Zeitraum oder für einen Zeitraum bis zur Fertigstellung der endgültigen Räumlichkeiten betreut. Jeder dieser Übergangslösungen hat das Landesjugendamt zugestimmt.

Nachfolgend sind die wesentlichen Planungsschritte der Jugendhilfeplanung nach dem KiBiz dargestellt:

- Mitte September 2022: Medienarbeit zum anstehenden Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2023/24 mit Hinweis auf das Kita-Portal „webKita“ für den Jugendamtsbezirk des Kreises Borken, in dem die einzelnen Kitas und die Kindertagespflege mit ihrem Profil beschrieben sind. Ebenso wurde auf den Info-Pool des Portals mit weiteren Informationen zur Kindertagespflege, zum Platzvergabeverfahren, zum Elternbeitrag etc. hingewiesen (siehe Link: [www.kreis-borken.de/webKita](http://www.kreis-borken.de/webKita)).

Die Eltern sollten bis Ende Oktober die Vormerkungen sowie Buchungsänderungen in webKita erfassen und Kontakt mit den ausgewählten Kitas bzw. der Fachberatung der Kindertagespflege aufnehmen.

- Im Oktober 2022 wurden die Träger, Verbund- und Einrichtungsleitungen, Fachberatungen einschließlich der Verwaltungsstellen der Träger der Kitas sowie die jugendamtsangehörigen Stadt- und Gemeindeverwaltungen in zwei Info-Veranstaltungen über das Planungsverfahren mit webKita, das Kinderbildungsgesetz und die inhaltlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen der diesjährigen Planung informiert. Zu den Info-Veranstaltungen werden immer auch Referent\*innen zu besonderen Themen eingeladen, im vergangenen Oktober zu den Förderkonzepten „Griffbereit“ und „Rucksack KiTA“ des Förderprogrammes „Integrationschancen für Kinder und Familien“.
- Die Träger und Fachberatungen wurden gebeten, die Vormerkungen der Eltern nach deren direkter Kontaktaufnahme zu bestätigen und sobald möglich, spätestens bis zum 30.11.2022, den Eltern über das Kita-Portal „webKita“ Platzangebote nach den

gewünschten bzw. möglichen Betreuungszeiten (25, 35 oder 45 Stunden) für das kommende Kindergartenjahr zu unterbreiten. Mit der Annahme eines Platzangebotes werden die Eltern auf den Vorbehalt der Jugendhilfeplanung hingewiesen. Nicht angenommene Platzangebote können im Anschluss anderen Eltern angeboten werden.

- Daraufhin wurden bis Januar/Februar 2023 die Bedarfsmeldungen ausgewertet und die Versorgung der Bedarfe unter Berücksichtigung der angenommenen Platzangebote geplant. Die Planungen und die daraus ermittelten jeweiligen Einrichtungsbudgets auf der Basis der Kindpauschalen und weiteren KiBiz-Zuschüssen wurden den Trägern der Kindertageseinrichtungen vorgestellt.
- In einzelnen Kitas ergeben sich immer wieder Detailfragen und Änderungen der Planung der Betreuungsbedarfe, die bis unmittelbar vor der Jugendhilfeausschusssitzung geklärt werden. Die endgültige Darstellung der Planungsdaten kann deshalb wie auch in den Vorjahren erst unmittelbar zur Sitzung als Tischvorlage erfolgen. Die Träger erfassen diese Planungsdaten in KiBiz.web, dem Verwaltungsverfahren des Landes für die Betriebskostenförderung in der Kindertagesbetreuung.
- Der Jugendhilfeausschuss beschließt einrichtungsscharf die Bedarfsfeststellung auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung und damit über die Finanzierung der Betriebskosten der Kitas. Bis zum 15.03.2023 ist die Landesförderung beim Landesjugendamt zu beantragen (Ausschlussfrist; §§ 32 Abs. 1, 33 Abs. 3 und 4 KiBiz, 1 DVO KiBiz). Im Anschluss können die Träger mit den Eltern die schriftlichen Betreuungsverträge abschließen.

I. Nachfolgend wird eine grundsätzliche Übersicht zu den verschiedenen Pauschalen und der Finanzierungsstruktur des KiBiz gegeben:

1. Kindpauschalen nach § 33 KiBiz und Anlage zu § 33

Die Kindpauschalen werden nach Alter des Kindes, Betreuungszeit und Gruppenform in unterschiedlicher Höhe gewährt. Die Pauschalen wurden im Vergleich zum Vorjahr um 3,46% erhöht. Für die Förderung von Kindern mit Behinderung gelten gesonderte, höhere Pauschalen. Für Kinder mit Behinderung gewährt das Landesjugendamt außerdem zusätzliche Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Landesrahmenvertrag NRW. Diese Leistungen sind allerdings in dieser Vorlage nicht aufgeführt. Auf die Kindpauschalen werden die allgemeinen Finanzierungsanteile (siehe Nr. I.7.) angewendet.

Gruppenform		Betreuungszeit/ Behinderung	Kindpauschale
I	Kinder im Alter von 2 Jahren bis 6 Jahren  (20 Kinder altersgemischt U3/ Ü3)	25 Std.	6.697,57 €
		35 Std.	9.003,74 €
		45 Std.	11.558,19 €
		Kinder mit Behinderung U3	24.641,34 €
		Kinder mit Behinderung Ü3	23.032,76 €
II	Kinder im Alter von unter 3 Jahren  (10 Kinder U3 inklusive U2)	25 Std.	14.200,09 €
		35 Std.	19.215,33 €
		45 Std.	24.646,20 €
		Kinder mit Behinderung U3, 25 u. 35 Std.	24.641,34 €
		Kinder mit Behinderung U3, 45 Std.	26.596,42 €
III	Kinder im Alter von 3 Jahren bis 6 Jahren	25 Std.	5.251,59 €
		35 Std.	7.066,89 €

(25 Ü3-Kinder bei 25/ 35 Std. 20 Ü3-Kinder bei 45 Std.)	45 Std.	10.269,46 €
	Kinder mit Behinderung Ü3	23.032,76 €

2. Zuschüsse zu den Kaltmieten nach § 34 KiBiz

Trägern, denen nicht das Eigentum am Gebäude der Einrichtung zusteht und die nicht wirtschaftlich dem Eigentümer gleichgestellt sind, erhalten neben den Kindpauschalen einen zusätzlichen Zuschuss auf der Grundlage der zu zahlenden Kaltmiete. Voraussetzung ist, dass das Mietverhältnis am 28.02.2007 bestand.

Mietverhältnisse, die nach dem 28.02.2007 begründet werden, werden über Pauschalen bezuschusst. Die Pauschalen richten sich nach dem förderfähigen Raum und einem festgelegten Förderbetrag je qm/Monat (für Gruppenform I und II 185 qm und für Gruppenform III 160 qm zu 9,71 €/qm). Die Förderung wurde zum Vorjahr um 7,64% erhöht. Zur Gleichstellung mit Trägern, denen das Eigentum am Gebäude der Kita zusteht, wird hiervon ein Pauschalbetrag von 3.224,29 € je Gruppe abgezogen.

Die Bezuschussung zu den Kaltmieten ist in den letzten Jahren stark ansteigend, da Ausbaumaßnahmen vielfach im Investorenmodell umgesetzt werden.

3. Pauschalbeträge für eingruppige Einrichtungen und für Waldkindergartengruppen nach § 35 KiBiz

Bei eingruppigen Einrichtungen, die am 28. Februar 2007 in Betrieb waren, und bei Waldkindergartengruppen kann unter Berücksichtigung des Eigenanteils des Trägers wie bisher ein zusätzlicher Pauschalbetrag von je bis zu 15.000 € bewilligt werden, wenn der Träger ohne diesen zusätzlichen Betrag die Einrichtung nicht ausreichend finanzieren kann. Die Träger der betreffenden Einrichtungen haben wir über diese rechtlichen Rahmenbedingungen informiert. Daraufhin sind hier entsprechende Anträge eingegangen. Für den eingruppigen Waldkindergarten in Heiden kann diese Pauschale einmal für die Eingruppigkeit und einmal für den Status „Waldkindergarten“, somit eine zusätzliche Förderung bis max. 30.000 €, bewilligt werden.

4. Landeszuschüsse für Familienzentren nach § 43 KiBiz

Jede Kita, die über ein vom Land anerkanntes Gütesiegel als „Familienzentrum NRW“ verfügt und danach bereits (re-)zertifiziert ist, erhält einen landesfinanzierten, jährlichen Zuschuss von 21.076,55 € (erhöht um 3,46%). Für die Förderung als Familienzentrum werden vom Land regelmäßig neue Kontingente vergeben. Für das nächste Kindergartenjahr 2023/24 hat das Land bislang noch kein neues Förderkontingent bekannt gegeben.

5. Landeszuschüsse für Praktikumsplätze nach § 46 Abs. 1 – 4 KiBiz

Das Land gewährt mit dem neuen KiBiz Zuschüsse für die Praktikumsplätze von Auszubildenden in Kitas. Gefördert wird die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher\*innen (piA) nach dem jeweiligen Ausbildungsjahr und das Praktikum für das Anerkennungsjahr von Schüler\*innen im letzten Ausbildungsjahr (BP):

Zuschussart	Zuschussbetrag
piA im 1. Jahr (piA1)	8.000 €
piA im 2. und 3. Jahr (piA2/3)	4.000 €
Berufsanerkennungspraktika (BP)	4.000 €

6. Planungsgarantie nach § 41 KiBiz

Für jede Kita wird grundsätzlich mindestens der Zuschuss auf Basis der aktuellen Kindpauschalen zuzüglich der jährlichen Erhöhung gewährt, der sich nach der Ist-

Belegung des Vorjahres ergibt. Diese Regelung soll Belegungsrückgänge abfedern und die Personalplanung für die Träger sichern. In den Trägergesprächen wird zu den einzelnen Kitas die Planungsgarantie sondiert. Da die Ist-Belegung des zum Planungszeitpunkt laufenden Kindergartenjahres hierfür noch nicht vollständig bekannt ist, werden bis zur Endabrechnung des vorangegangenen Kindergartenjahres Zwischenberechnungen notwendig. In der Antragstellung zum 15.03. wird daher eine etwaige Zuschusserhöhung aufgrund der Planungsgarantie noch nicht ausgewiesen.

7. Zuschussanteile des Jugendamtes, Trägeranteile und Landesanteile nach §§ 36 Abs. 2 und 3, 38 Abs. 2 und 3 KiBiz

Die Kindpauschalen in Ziffer 1. und die Förderungen nach den Ziffern 2., 3. und 6. werden je nach Trägerschaft anteilig durch das Jugendamt bezuschusst. An diesem Zuschuss beteiligt sich wiederum das Land. Den verbleibenden Anteil finanziert der Träger der Kitas grundsätzlich selbst. Die Zuschussanteile des Landes erhöhen sich um 19,01 Prozentpunkte für Kindpauschalen für Kinder unter drei Jahren zum Ausgleich des notwendigen Ausbaus der Kindertagesbetreuung aufgrund der Einführung des U3-Rechtsanspruchs (KiFöG-Belastungsausgleich).

<b>Trägerschaft</b>	<b>Zuschuss- anteil Jugendamt</b>	<b>Zuschussanteil Land an das Jugendamt</b>	<b>Erhöhter Zuschuss- anteil Land an das Jugendamt bei U3- Kindpauschalen (+19,01%-Punkte)</b>	<b>Träger- anteil</b>
Kirchliche Träger	89,7%	40,3%	59,31%	10,3%
Andere freie Träger	92,2%	40,0%	59,01%	7,8%
Elterninitiativen	96,6%	42,3%	61,31%	3,4%

8. Landeszuschüsse für plusKITA- und Sprachfördereinrichtungen nach §§ 44, 45 KiBiz

Für Kitas, die in die Jugendhilfeplanung als plusKITA- und Sprachfördereinrichtungen aufgenommen sind, gewährt das Land einen zusätzlichen Zuschuss für zusätzliche Personalkraftstunden. PlusKITA-Einrichtungen fördern in besonderer Weise die Bildungschancen von Kindern und werden mit einem landesfinanzierten Pauschalbetrag von mindestens 31.614,83 € (erhöht um 3,46%) bezuschusst. Sprachfördereinrichtungen versorgen zusätzliche Sprachförderbedarfe und werden mit einem landesfinanzierten Pauschalbetrag von 5.269,14 € (erhöht um 3,46%) bezuschusst. Diese Zuschussart läuft nach dem neuen KiBiz aus.

Über die Vergabe der Landeszuschüsse für plusKITA- und Sprachfördereinrichtungen wurde im Frühjahr 2020 für 5 Jahre bis zum 31.07.2025 entschieden.

9. Pauschalen für Kinder in Kindertagespflege nach § 24 Abs. 1 und 2 KiBiz

Außerdem bezuschusst das Land die Aufwendungen der Kommunen zur Tagespflege. Der Zuschuss beträgt 1.168,69 € (erhöht um 3,46%) pro Kind in Tagespflege. Für Kinder mit Behinderung gilt ein erhöhter Zuschuss von 3.353,28 € (erhöht um 3,46%). Die Bezuschussung ist an enge Voraussetzungen geknüpft. Dazu gehören u. a., dass das Kind eine regelmäßige Betreuung von mindestens 15 Stunden wöchentlich und länger als drei Monate in Anspruch nimmt und dass die Qualifikation der Tagespflegeperson den Vorgaben des KiBiz entspricht. Die Anzahl der in der Tischvorlage genannten Plätze wird mit diesen Voraussetzungen der Landesförderung eingeplant.

10. Landeszuschüsse für die qualifizierte Fachberatung von Kitas und Kindertagespflege nach § 47 KiBiz

Zum Kindergartenjahr 2020/21 hat das Land einen Pauschalzuschuss für die qualifizierte Fachberatung eingeführt. Aktuell beträgt der Zuschuss 1.100 € pro Kita und 550 € pro

Kindertagespflegeperson. Der landesfinanzierte Zuschuss ist ggf. an die überörtlichen Verbände und anderen zuständigen Stellen weiterzuleiten, die die Fachberatung wahrnehmen.

11. Förderung zur Flexibilisierung von Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz

Die mit den Jugendämtern der Münsterlandkreise, der Stadt Münster und den Stadtjugendämtern im Kreis abgestimmten und weiterentwickelten Fördergrundsätze zur Flexibilisierung von Betreuungszeiten wurden in der JHA-Sitzung am 24.05.2022 beschlossen.

Das Förderbudget wurde im dritten Förderjahr auf 1.101.000 € erhöht und wird ab 2023/24 mit der allgemeinen Fortschreibungsrate dynamisiert (Fortschreibungsrate 3,46%: Landesanteil 2022/23 880.800 €, 2023/24 911.275,68 €, Kreisanteil 2022/23 220.000 €, 2023/24 227.818,92 €). Gefördert werden insbesondere ausgedehnte Öffnungs- und Betreuungszeiten sowie reduzierte Schließtage.

II. Erfüllung von Zweckbindungen für investiv geförderte U3-Plätze (§ 55 Abs. 2 KiBiz)

Investiv geförderte U3-Plätze sind nach den jeweiligen Förderbescheiden im Zweck auf die Belegung mit Kindern unter 3 Jahren gebunden. Dies hat in der Vergangenheit zu erschwerten Planungsbedingungen bei schwankenden Betreuungsbedarfen in den Sozialräumen geführt. Nach § 55 Abs. 2 KiBiz kann die örtliche Jugendhilfeplanung für die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffenen Plätze vorsehen, dass diese zur Erfüllung der Zweckbindung vorrangig mit Kindern unter 3 Jahren belegt werden. Der Landesgesetzgeber ermöglicht Trägern und Jugendamt damit im Einzelfall eine Belegung dieser geförderten U3-Plätze mit Kindern über 3 Jahren.

Diese Regelung räumt im Einzelfall mehr Flexibilität in der Belegungsstruktur insbesondere bei steigenden Ü3-Kinderzahlen ein. In der örtlichen Jugendhilfeplanung sind die Kindertageseinrichtungen, bei denen von dieser Option Gebrauch gemacht werden kann, festzulegen.

Die abschließende einrichtungsscharfe Planung wird als Tischvorlage in die Sitzung eingebracht. In der Sitzung wird ergänzend mündlich berichtet.

**Entscheidungsalternative(n):**

Ja                       Nein

Wenn der Jugendhilfeausschuss die Bedarfsplanung nicht fristgerecht beschließt, droht ein Ausfall der Landesförderung im kommenden Kindergartenjahr (Ausschlussfrist; §§ 32 Abs. 1, 33 Abs. 3 und 4 KiBiz, 1 DVO KiBiz).

**Finanzielle Auswirkungen:**                      Ja     Nein

In der Haushaltsplanung 2023 sind folgende Aufwendungen und Erträge berücksichtigt.

Der Aufwand von 84.300.000 € an Betriebskostenzuschüssen für die Träger der Kitas (vgl. §§ 32 bis 37 KiBiz) und von 7.200.000 € für Kinder in Kindertagespflege (vgl. § 21 ff KiBiz) ist im Budget 2023 eingeplant.

Nach § 38 KiBiz gewährt das Land NRW einen Landeszuschuss zu den Betriebskosten der Kitas an das örtliche Jugendamt. Für den Bereich der Kindertagespflege ist ein Landeszuschuss nach § 24 KiBiz eingeplant.

Insgesamt wird mit einem Landeszuschuss von 38.100.000 € für die Betriebskostenförderung der Kitas und Kindertagespflege sowie mit 5.900.000 € als Landeszuweisung zum KiFöG-Belastungsausgleich geplant. Ergänzend wurden



Landeszuweisungen von 750.000 € für die Förderung von Praktika und 900.000 € für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten eingeplant.

An Elternbeiträgen werden 2023 5.300.000 € erwartet. Die letzten beiden Kindergartenjahre vor der Einschulung sind nach § 50 KiBiz beitragsfrei gestellt. Zum Ausgleich des Einnahmeausfalls gewährt das Land eine Erstattung von 4.900.000 €.

Es entstehen Folgewirkungen, die eine Veränderung des Budgets in Folgejahren verursachen:

Da sich die Betreuungsplanung auf das gesamte Kindergartenjahr 2023/24 erstreckt und dies am 31.07.2024 endet, ergeben sich Festlegungen für sieben Monate für das Budget 2024. Die Planungsbeträge im Haushalt 2023 beziehen sich somit auf 5 Monate des Kindergartenjahres 2023/24 und 7 Monate des Kindergartenjahres 2022/23.

**Klimafolgenabschätzung:**

Klimafolgen treten im Rahmen der Bewirtschaftung und ggf. Neuerrichtung von Gebäuden für die Kindertagesbetreuung ein.



**Sitzungsvorlage Nr. 0066/2023/KREIS**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Jugendhilfeausschuss	14.03.2023	öffentlich

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 51 - Fachbereich Jugend und Familie	<b>Berichterstatter/-in:</b> Brigitte Watermeier
---	---

**Beratungsgegenstand:**

Ersatzbau für eine zweigruppige Kita-Dependance in Vreden mit Erweiterung um drei Gruppen; Vergabe der Trägerschaft

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Hinblick auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Vreden, dass die Trägerschaft für drei weitere Kita-Gruppen der DRK- gem.- Gesellschaft für Soziale Arbeit und Bildung im Kreis Borken mbH, Borken, mit der Maßgabe übertragen wird, auch bereits die erforderliche Übergangslösung einzurichten.

Die Gruppen der Dependance der Kita ‚Der kleine Prinz‘ am Stadtgraben in Vreden werden mit den Gruppen der Übergangslösung nach Fertigstellung eines neuen Gebäudes zu einer neuen Kita zusammengeführt.

**Rechtsgrundlage:**

SGB VIII, Kinderbildungsgesetz  
Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 10.05.2016

**Sachdarstellung:**

Für den Sozialraum Vreden werden in der mittelfristigen Betreuungsbedarfsplanung (vgl. JHA-Sitzung vom 15.11.2022) Mehrbedarfe in der Kindertagesbetreuung im U2-/U3- und im Ü3-Bereich ausgewiesen.

Das aktuelle Anmeldeverfahren zum Kindergartenjahr 2023/24 bestätigt einen Bedarfsanstieg im Umfang von ca. zwei Gruppen. Nach gemeinsamer Bewertung mit der Stadt Vreden besteht die Perspektive eines stabilen Bedarfs für zwei weitere Gruppen insbesondere durch den weiteren Anstieg der Nachfrage im U2-/U3-Bereich. Ein weiterer Bedarfsanstieg zeichnet sich ab.

Die Kita ‚Der kleine Prinz‘ ist eine dreigruppige Kita mit einer zweigruppigen Dependance mit einer Gruppenstruktur von 1x Gruppenform I, 1 x Gruppenform II und 3 x Gruppenform III. Die Dependance mit zwei Gruppen ist zurzeit in einem angemieteten, umgebauten Altbau untergebracht. Das Gebäude hat Sanierungsbedarfe und entspricht nicht mehr den heutigen Raumstandards für die Kita-Betreuung. Es ist vorgesehen, für die Kita-Dependance einen Ersatzneubau mit Erweiterung um drei Gruppen im Investorenmodell zu errichten. Dieser Neubau verbände somit eine notwendige räumliche Verbesserung mit einer Erweiterung für zusätzliche aktuelle und künftige Bedarfe.

Der Träger der Kita ist bereit, die Trägerschaft für eine zusätzliche Kita und damit für drei weitere Gruppen zu übernehmen. Bereits zum Kindergartenjahr 2023/24 hat sich der Träger auch bereit erklärt, eine Übergangslösung mit zwei Gruppen zu betreiben.

Bei einem Mehrbedarf von drei Gruppen kommt grundsätzlich die Errichtung einer neuen Kita mit einem Trägerschaftsverfahren zur Unterstützung der Konzept- und Trägervielfalt in Betracht. Der Jugendhilfeausschuss hat sich bei Erweiterungen bestehender Einrichtungen diese Entscheidung vorbehalten.

Aufgrund der höheren fachlichen und sowohl personal- als auch betriebswirtschaftlichen Herausforderungen (Personaleinsatz, Vertretungsfähigkeit, Belegungsplanung, Flexibilisierungsangebote, Kostenstruktur etc.) und des dynamischen Kita-Ausbaus der letzten Jahre, sind für eine zwei- bis dreigruppige Einrichtung kaum noch Träger zu gewinnen. Mit einer auf fünf Gruppen erweiterten Kita lassen sich diese Herausforderungen deutlich besser bewältigen.

Aufgrund dieser Ausgangsbedingungen sehen die Verwaltung und auch die Stadt Vreden so erhebliche Vorteile für eine Vergabe der Trägerschaft von drei zusätzlichen Gruppen an die DRK- gem.- Gesellschaft für Soziale Arbeit und Bildung im Kreis Borken mbH, dass eine entsprechende Beauftragung dieses Trägers vorgeschlagen wird und auf ein offenes Interessenbekundungsverfahren zur Trägersuche verzichtet werden soll.

#### **Klimafolgenabschätzung:**

Klimafolgen, die sich aus dem Beschluss ergeben, sind

- positiv
- nicht zu erwarten / sind nicht ersichtlich
- nicht wesentlich (z.B. in Folge von Geringfügigkeit, fehlender Unmittelbarkeit, sich weitgehend neutralisierender Wechselwirkungen)
- negativ – Klimaschonendere Alternativen
  - kommen aus Sicht der Verwaltung nicht in Betracht (*bei Bedarf Ausführungen durch FE*), weil...
  - werden von der Verwaltung aus folgenden Gründen nicht vorgeschlagen (z.B. Wirtschaftlichkeit, Kosten, technische Risiken, Verlässlichkeit, etc.):  
*Ausführungen durch FE*

**Sitzungsvorlage Nr. 0070/2023/KREIS**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Status</b>
Jugendhilfeausschuss	14.03.2023	öffentlich

<b>Zuständige Facheinheit:</b> 51 - Fachbereich Jugend und Familie	<b>Berichterstatter/-in:</b> Watermeier, Brigitte
---	--

**Beratungsgegenstand:**

Unterstützung für außergewöhnliche Belastungen für die Kindertagespflege aufgrund der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

**Beschlussvorschlag:**

Die durch das Land NRW bereitgestellten Finanzmittel zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zur Absicherung der Angebote in der Kindertagespflege werden an die Kindertagespflegepersonen weitergeleitet.

Für jedes Kind, welches im Haushalt der Kindertagespflege oder in der Großtagespflegestelle betreut wird, wird im Kindergartenjahr 2022/2023 der Sachkostenanteil der Stundenvergütung von 1,92 EUR auf 2,00 EUR pro Stunde erhöht. Ein sich rechnerisch ergebender über die vom Land bereitgestellten Finanzmittel hinausgehender Betrag wird ggfs. durch die Jugendamtsumlage gedeckt.

**Rechtsgrundlage:**

§ 29 HHG 2023 NRW  
§ 37 KiBiz  
§ 23 SGB VIII

**Sachdarstellung:**

Der Landtag des Landes NRW hat in seiner Sitzung vom 20.12.2022 die Einwilligung gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2023 für Ausgaben zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine (Vorlage 18/167) erteilt.

Diese Vorlage enthält in der Anlage unter Ziffer I. 30 die Maßnahme „Sicherung von Angeboten der Kindertagesbetreuung und der Kindertagespflege“. Hierfür stellt der Landtag Ausgabeermächtigungen in Höhe von bis zu 60.200.000 Euro bereit. Die Vorlage des Landtages enthält erste Informationen hinsichtlich des beabsichtigten Auszahlungsmodus.

In seinem Bericht an den Ausschuss für Familien, Kinder und Jugend vom 19.01.2023 konkretisiert das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) seine Planungen hinsichtlich der Berechnung und Verteilung der Mittel.

Die Berechnung des einmaligen Aufschlags für außergewöhnliche Belastungen erfolgt auf der Basis der Kindpauschalen und soll als einmaliger Aufschlag sowohl für die Kindpauschalen für Kindertageseinrichtungen als auch auf die Kindertagespflegepauschalen

gezahlt werden.

Der einmalige Aufschlag für das Kindergartenjahr 2022/23 beträgt 80,05 EUR pro Kindertagespflegepauschale. Diese Mittel werden als Pauschale für vom Land geförderte Kindertagespflegepauschalen bewilligt und den Jugendämtern zur Weiterleitung an die Kindertagespflegepersonen ausgezahlt.

Bei der Ermittlung der Pauschalen werden nur die Kindertagespflegeverhältnisse berücksichtigt, für die gem. § 24 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) eine Förderung gewährt wird. Förderfähig gem. § 24 KiBiz sind Kinder bis zum Schuleintritt, für die im gleichen Kindergartenjahr keine Kindpauschale nach § 36 KiBiz (Tageseinrichtung für Kinder) gewährt wird. Für Kindertagespflegepersonen, die Kinder in Randzeiten betreuen, wird kein pauschaler Zuschuss des Landes NRW gewährt.

Im Zusammenwirken mit allen Jugendämtern im Kreis Borken wurde das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Auszahlung der Energiepauschale für Kindertagespflegepersonen abgestimmt.

Es wurde der Ansatz vereinbart, die Mittel des Landes über den Sachkostenanteil der Stundenvergütung für Kindertagespflegepersonen, die Kinder in ihrem Haushalt oder in Großtagespflegestellen betreuen, weiterzuleiten.

Zur Ermittlung des Erhöhungsbetrages wurde durch die Jugendämter berechnet, wie hoch der jeweilige Zuschuss des Landes sein wird, sodann wurde dieser Zuschuss auf die Gesamtstundenanzahl in Kindertagespflege in einem Kindergartenjahr umgerechnet. Dieser Wert variierte bei den Jugendämtern zwischen 0,069 EUR und 0,074 EUR.

Im Sinne der weiteren Kreiseinheitlichkeit in den Vergütungssätzen wurde der Vorschlag erarbeitet, den Sachkostenanteil einheitlich von aktuell 1,92 EUR pro Stunde auf 2,00 EUR pro Stunde zu erhöhen.

Einvernehmen bestand im Weiteren, dass dieser Stundensatz auch für Kinder außerhalb der KiBiz-Pauschale, vor allem Kinder in Randzeitenbetreuung und Ü3-Kinder, gewährt werden sollte. Denn auch zur Betreuung dieser Kinder haben die Kindertagespflegepersonen höhere Aufwendungen.

Zur Refinanzierung dieses zusätzlichen Betrages kommen ggfs. Mittel aus dem Stärkungspakt in Betracht, im Übrigen müsste der sich ergebende Fehlbetrag über die Jugendamtsumlage gedeckt werden. Mittel werden im Rahmen der Haushaltsausführung ggfs. überplanmäßig bereitgestellt.

### **Entscheidungsalternative(n):**

Alternativ könnte der Zuschuss nur an die Kindertagespflegepersonen ausgezahlt werden, für die eine Landesförderung nach § 24 KiBiz gewährt wird.

### **Finanzielle Auswirkungen:**      Ja    Nein

Nach derzeitigem Stand handelt es sich um einen einmaligen Fördertatbestand.

Die Deckung erfolgt im Wesentlichen durch die zweckgebundene Landesförderung für 733 Kinder in Höhe von 80,05 € pro Kind (=58.676,65 EUR). Entsprechend der seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahrensweise, beträgt die zusätzliche Fördersumme ca. 10.000 EUR.

### **Klimafolgenabschätzung:**

Klimafolgen, die sich aus dem Beschluss ergeben, sind

positiv

- nicht zu erwarten / sind nicht ersichtlich
- nicht wesentlich (z.B. in Folge von Geringfügigkeit, fehlender Unmittelbarkeit, sich weitgehend neutralisierender Wechselwirkungen)
- negativ – Klimaschonendere Alternativen
  - kommen aus Sicht der Verwaltung nicht in Betracht (*bei Bedarf Ausführungen durch FE*), weil...
  - werden von der Verwaltung aus folgenden Gründen nicht vorgeschlagen (z.B. Wirtschaftlichkeit, Kosten, technische Risiken, Verlässlichkeit, etc.):  
*Ausführungen durch FE*